

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Rabe & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Redaktion: Dr. Krukowski, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtpost monatlich 6.00 M., durch die Post gegen Vorzahlung 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M., Einzelnnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Kondensatzspalte 2.00 M., 7-spaltige 1.50 M., die 5-spaltige Reklamespalte 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Keine Verpfändung. Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Beauftragte 30 Pf.

Nr. 239 | Dresden, Donnerstag den 14. Oktober 1920 | 31. Jahrg.

Das Außenproblem

Mit Recht hat auf dem Kasseler Parteitag Genosse Wels in seinem Referat über die politische Situation die äußere Politik vor die innere gestellt, mit Recht hat die äußere Politik im Vordergrund der Debatte des ersten Tages standen. Denn mehr als je ist alles, was im Innern zu Stande gebracht und geschaffen werden kann, von den außenpolitischen Verhältnissen abhängig. Beachten wir das nicht, so gleichen wir den Ameisen, die nutzlos an einem Haufen herumlaufen, den immerfort wieder ein mutwilliger Anbohrer mit seinem Stechen zerstört.

Dieser Gesichtspunkt hat Genosse Wels für uns äußere Politik vorgezeichnet: Revision des Versailler Vertrages, Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich, Schaffung eines internationalen politischen Generalkonflikts, sofortige Aufnahme der Beziehungen zu Rußland. Dieses Programm dürfte einmütigen Beifall in der Partei finden. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß es sich als ein Programm sozialistischer Außenpolitik, namentlich in den Punkten I, III und IV, nur gegen den Widerstand der kapitalistisch-imperialistischen Welt durchsetzen läßt.

Hier entsteht nun die Frage der Taktik. Die Tatsache, daß in allen Entente-Ländern imperialistisch-kapitalistische Regierungen am Ruder sind, darf uns nicht zu einem blinden unterirdischen Anrennen gegen alle gleichzeitig veranlassen. Wir müssen hier aus unseren Erfahrungen von dem Gebiet der inneren Politik lernen. Das Schlagwort von der „einen reaktionären Masse“, die uns in den bürgerlichen Parteien gegenübersteht, hat beschränkte Geltung. In dem Glauben verleiht, man dürfe nie und nimmer zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien in der Politik unterscheiden. Die Sozialdemokratie als Partei ist nie so verfahren, sondern sie hat von Anfang an die inneren Gegensätze und Verklüftungen der bürgerlichen Parteien zum eigenen Aufstieg benützt.

So müssen wir auch bei den Entente-Ländern und den Staaten überhaupt Unterschiede machen zwischen denen, deren Interessen sie auf ein Stück unserer Bahn führen, und denen, von denen der Hauptwiderstand gegen unsere wichtigsten und aktuellsten Ziele ausgeht. Dabei müssen wir natürlich genau so, wie wenn wir ein Stück mit einer bürgerlichen Partei zusammensetzen, uns des Charakters dieses Zusammengehens bewußt bleiben. Wir verbinden uns nicht auf Gedeih und Verderb, sondern nur so weit, wie die gemeinsamen Interessen reichen.

Die Kontinentalpolitiker, als deren Sprecher Cohen, Neuf, fungierte, wollen uns nun Frankreich als den besten Bundesgenossen empfehlen. Aber mit Recht hat schon Wels in seinem Referat nachdrücklich betont, daß unsere ganze Zukunft, daß der Frieden unseres Landes und der Frieden der Welt überhaupt davon abhängt, ob im östlichen Konflikt die englische Verständigungspolitik oder die französische Kriegspolitik siegt. Dieser Gesichtspunkt kann uns nicht zu Frankreich ziehen. Natürlich ist in der französischen Politik nicht alles schwarz (erst recht nicht in der englischen alles weiß), oder wie ein russisches Sprichwort sagt: Auch die dunkelste Wolke hat einen hellen Rand. Aber diese wenigen hellen Stellen sollen uns nicht zu der ungeheuren Ueberstreckung verleiten, wie die Kontinentalpolitiker nun einfach aus schwarz weiß zu machen.

Wenn wir früher zusammen mit den Liberalen die Konföderativen bekämpften, so mußten wir sehr wohl, daß zum Beispiel in gewissen sozialpolitischen Fragen mit den Konföderativen leichter eine Verständigung möglich war, als mit den monarchistischen Freisinnigen vom Schlage Eugen Richter. Aber das hat uns doch nicht verleitet, den Freisinn in seiner Totalität gegenüber den Konföderativen als das größere Übel zu betrachten. Ebensovienig dürfen uns die kleinen Interessengebiete, auf denen wir von Frankreich mehr zu erwarten haben als von England, zu einer falschen Frontstellung veranlassen. Es läßt sich nun einmal durch keinerlei Sophistik aus der Welt schaffen, daß der französische Imperialismus, verbunden mit Revanchegier und chauvinistischem Haß, zur Zeit der bel. weitem ärgste Lübelgeist Deutschlands ist.

Die englische Politik muß überdies mit einer machtvoll vordringenden, strafforganisierten Arbeiterbewegung rechnen, die in einer Vierfünftel der Bevölkerung umfassenden Arbeiterklasse wurzelt. Der französische Sozialismus ist nicht nur durch den weit geringeren Prozentsatz der französischen Arbeiterklasse und die viel schlechtere Organisation weit schwächer, als die englische Arbeiterklasse, er ist auch im Wesentlichen, sich durch unfruchtbareren Radikalismus gänzlich auszuscheiden. Zur Zeit haben ihn jedenfalls die französischen Imperialisten kaum zu fürchten.

Die zweite Internationale hat ihr Rückgrat in dem Zusammenwirken der englischen und der deutschen Sozialisten. Dieses muß auch das Rückgrat unserer äußeren Politik sein.

Neueste Telegramme

Erneuter bolschewistischer Widerstand

Kopenhagen, 14. Oktober. Wie der Berlingske Tidende aus Stockholm telegraphisch wird, haben nach einer Moskauer Meldung die Bolschewisten den Kampf auf der ganzen politischen Front wieder aufgenommen. Sie berichten eine Reihe von Ereignissen; u. a. melden sie, daß sie die Stadt Moschowskoi parallelisiert haben.

Aufstand in Smolensk

Paris, 14. Oktober. Nach einer Meldung aus Helfingfors ist ein neuer Aufstand in Smolensk ausgebrochen. Die Roten Truppen der Garnison, 8000 Mann stark, hätten gemeuert. Die Bewegung hat auf die Bevölkerung übergriffen. Die Hauptführer hätten sich der Regierungsgebäude bemächtigt und Leutnants entlassen, um benachbarte Garnisonen auszuwählen. Am 2. Oktober habe bei Smolensk ein blutiger Kampf zwischen Sowjettruppen und Aufständigen stattgefunden. Die 68. Schützenbrigade habe mehr als 1200 aufständische rote Soldaten und Tausende von Zivilisten erschossen. 24 Stunden lang sei Smolensk von schwerer Artillerie beschossen worden.

Unruhen in Moskau?

Hamburg, 14. Oktober. In der in Riga versammelten Diplomatie wird erzählt, daß in Moskau Unruhen, Protestversammlungen und Demonstrationen vorläufig, so daß sich die Sowjetregierung zur Verstärkung der Militärpatrouillen genötigt sah. Unter dem Vorwand, daß Mandat gefordert seien, wurden größere Truppenmengen in der Nähe der Stadt versammelt. In mehreren Straßen Kämpfe wurde das Militär gezwungen, Barrikaden im Sturmangriff zu nehmen.

Deutschösterreichs Sieg in Kärnten

Klagenfurt, 14. Oktober. Das Ergebnis der Volksabstimmung für Deutschösterreich 21832, für Jugoslawien 15096 Stimmen. 50,14 Prozent der Stimmberechtigten haben also für Deutschösterreich gestimmt.

Feldherr d'Annunzio

Amsterdam, 14. Oktober. Times melden aus Florenz: d'Annunzio erklärte in einer Unterredung: Wenn die italienische Regierung irgendeines Gebietes des Adriatischen Ozeans besetzen will, so werde er selbst sofort dieses Gebiet besetzen. Dazu würden ihm genügend Truppen zur Verfügung stehen. Wenn er dann von Jugoslawien angegriffen werde, so sei er überzeugt, daß ganz Italien zur Verteidigung der Herrschaft an der Adria aufstehe und die italienische Regierung zwingen werde, ihn, d'Annunzio, zu unterstützen. Der Times-Berichterstatter meldet, daß d'Annunzio über 6000 Mann autarkogener Truppen, 30 Flugzeuge, einen Dreadnought, zwei Kreuzer, fünf Minensubmariner und 10 kleinere Schiffe verfüge.

Der Vorfriede unterzeichnet

London, 14. Oktober. Einige Morgenblätter melden, daß der Waffenstillstand und der vorläufige Frieden zwischen Polen und Rußland unterzeichnet worden ist.

Riga, 14. Oktober. Nach dem Vorfriedens- und dem Waffenstillstandsvertrage, der gestern abend um 7 Uhr unterzeichnet wurde, erkennen Polen und Sowjetrußland die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrußlands an und verzichten auf Kontributionen. Die Kommissionsarbeiten werden fortgesetzt.

Radikales Durcheinander

Hamburg, 14. Oktober. Der Neuen Hamburger Zeitung zufolge hat sich gestern der gemäßigte Flügel der U. S. P. in Hamburg, der gegen die bedingungslose Unterwerfung unter das moskowitzische Diktat ist, als unabhängige Sozialdemokratische Fraktion abgetrennt. Er gibt ein neues und damit das vierte sozialdemokratische Blatt für Hamburg heraus, die Hamburger Tribune, die gestern das erste Mal erschienen.

Um die Planwirtschaft

Die Aussprache über die wirtschaftlichen und Ernährungsfragen begann, wie wir bereits am Ende unseres gestrigen Parteitag-Berichts mitteilen mit dem Referat Wiffells, der sich nicht gegen Schmitt wandte. Wir bringen die Rede des früheren Wirtschaftsministers, der gestern mit nur einer kurzen telegraphischen Inhaltsangabe erfolgte, um ihrer Bedeutung willen heute noch einmal ausführlicher.

Kassel, 13. Oktober.

Wiffells Anfragen

Ueber die Dringlichkeit der Sozialisierung des Bergbaues gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Hier kommt es allein auf Handeln an. Zwischen Kapitalismus und Sozialismus gibt es eine Menge Zwischenformen bis zur völligen Entzweiung der Produktionsmittel. Jedes dieser unabhängigen und kommunikativen geben, daß wir durch die feste Bindung der Gegenwart nur auf der Brücke der kapitalistischen Privatwirtschaft hindurchkommen. Für alle nicht sozialisierungsreifen Betriebe hat der Weimarer Parteitag Hipp und für die Planwirtschaft gefordert. Vier Wochen später war alles vorbei und der Parteivorstand hat sein Verles getan, was alle Wünsche nicht durchgeföhrt wurden. (Hört, hört!) Genosse Bauer hat dann ein neues Wirtschaftsprogramm aufgestellt. Danach sollten die Arbeiter Diktate und die Wirtschaft sozialisiert werden. Nichts ist davon zur Wirklichkeit gekommen. Schmitt hat eine doppelte Lösung wie im Reichswirtschaftsministerium und nicht hat er für die Sozialisierung unterommen. Das Elektrizitätsgesetz stammt von einem bürgerlichen Minister und wird von einem bürgerlichen Minister rein sozialistisch durchgeföhrt. Schmitts Wirtschaftspolitik hat

alle Möglichkeiten der Sozialisierung erschlagen.

Weiter ist aus der angekündigten Unterbindung der überflüssigen Zugabe nichts geworden. Schmitt hat sich gegen alle Einfuhrkontrolle und gegen jede Preispolitik beim Export genant. Diese „praktische Wirtschaftspolitik“ hat uns heute noch ärmer gemacht, als wir im vorigen Jahre waren. Am 20. Dezember 1919 hat Schmitt endlich Außenhandelsstellen geschaffen und am 16. Mai d. J. sollten diese Stellen besetzt werden. Aber das war durch das Steigen der Mark eine ganz andere Situation eingetreten. Wir haben heute einen Einfuhrüberschuß von 27 Milliarden, und haben verstanden, was wir in den nächsten Jahren erst erzeugen sollen. Im Oktober war Erzberger zu der Einsicht gekommen, daß der freie Handel für Deutschlands Wohl und Volkswirtschaft verhängnisvoll war. Auch Schmitt kam zur Erkenntnis. Aber nichts geschah. Vielmehr wurde der Ausfuhrumsatz des Getreides herabgemindert. Im März d. J. hat man dann endlich Staatssekretär Dietrich zur Planwirtschaft beauftragt, aber es fehlte das feste Ziel und die klare einheitliche Auslegung. Diese Politik der schönen Worte, der guten Hoffnungen und steigenden Preise hat uns das Vertrauen der Wähler gekostet. Der Parteivorstand hat sich in einem Augenblick beschämt, ich hätte die Partei mitschuldig machen wollen an der Ausbeutung des Volkes. Ausgebeutet wurde das Volk durch die planwirtschaftliche

hin- und herflackernde Wirtschaftspolitik.

Sie ist gewogen und zu leicht befunden worden. Uns entsetzt nicht, daß die Schuld der Unabhängigen noch größer ist. Man sagt, der Friedensvertrag hätte wirtschaftlich die Hände gebunden. Das heißt doch die eigene Schwäche auf die feindliche Überlegenheit abwälzen. Wiedergutmachung ist nur möglich bei einer organisierten Wirtschaft. Wir müssen mehr Korn einführen, als die deutsche Ernte herbeibringt. Damit werden wir das bezahlen? Was wir heute erleben, ist nichts als die Fortsetzung der falschen Politik, die Bauer und Robert Schmitt getrieben haben.

Ökonomische Umschichtung

der bisherigen Wertschöpfung nicht von heute auf morgen vor sich gehen, aber wir müssen an diese schmerzhafte Aufgabe herangehen, und das kann nur geschehen, wenn die Arbeiterklasse bereit und befähigt ist. Ich habe die Entwertung der Mark kommen lassen. (Laut: Das Recht im Rechte!) Wenn auch durch das Loch im Westen Milliarden von überflüssigen Waren hereinfließen, so war es doch nicht notwendig, nun auch noch an den äußeren Grenzen die Einfuhr freizugeben und das Spekulationsum zu vergrößern. Mit der reinen Zwangsökonomie ist kommen wir nicht weiter. Am Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft sind auch die Arbeiter interessiert, denn je mehr sich die kapitalistische Wirtschaft ungescheitert ausbreiten kann, um so mehr werden sie ihr Ziel verwirklichen. Wir müssen den Kapitalismus ausbauen zu einer Vorstufe für die sozialistischen Wirtschaftsbetriebe. Wir können den Kapitalismus nur sozialistisch führen. Das Wesende von einer sozialistischen Wändelung der Wirtschaft ist eine Krise. Der Staat soll sich auf die allgemeine Leitung beschränken und die höchsten Punkte über den Verursachen überlassen. Ich will mich Einzelheiten erlauben ich will auch keine atomisierte Wirtschaft, sondern ich will eine Wirtschaft, die einheitlich nur von der Rücksicht auf das Gemeinwohl geleitet wird. Wir brauchen noch für lange Zeit die Führer der Privatwirtschaft. Wir dürfen unsere Kraft nicht erschöpfen in einzelnen Einzelkämpfungen, wir müssen ein Gesamtziel schaffen und die vorhandenen Arbeitskräfte umfassend nur ausnutzen, sondern auch erweitern. Wir müssen anstreben, eine fortschreitende

proletarische Kontrolle der Wirtschaft

durch öffentlichen geachteten Einfluß auf die Selbstverwaltungsorgane der Industrie für werden auch nach Beilegung des Kapitalismus den Unterschied zwischen der lebenden und anwachsenden Tätigkeit des Arbeitgebers und der ausführenden des Arbeitnehmers haben, aber sie werden dann nicht im Gegensatz und Streit stehen, sondern in einer Arbeitsgemeinschaft, mit dem Ziel der Produktionsförderung. So gehen — wie ich die Arbeitsgemeinschaft auch in den heute noch nicht zur Sozialisierung reifen Betrieben eine sich zum Sozialismus entwickelnde Umformung, die sich vom heutigen Zustand nur dadurch unterscheidet, daß der Unternehmer durch den reinen Arbeitgeber ersetzt wird. Aber alles kann uns nicht nutzen, wenn wir nicht aus dem Teufelskreis herauskommen. Wir müssen mit radikalster Energie das Ziel aufstreben.